

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung 04 / 2026
des Ortschaftsrats Herten der Stadt Rheinfelden (Baden)
vom 08.06.2026 | im Sitzungssaal der Ortsverwaltung Herten,
Hauptstraße 33
Beginn: 18:30 Uhr | Ende: 20:57 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Reiske, Matthias

Mitglieder

Bieniek, Sandra

Cortazzo, Antje

Kammerer, Ulrike

Kiefer, Nico

Mehlin, Markus

Möhrke-Sobolewski, Christine, Dr.

Reiske, Tobias

ab 18:57 Uhr

Rufle, Patricia

Übelin, Andreas

Vogt, Frank

Weber, Stefan

ab 18:33 Uhr

Verwaltung

Bühler, Rebecca

zu NÖ TOP 1

Foglia, Alexandra

zu NÖ TOP 1

Stefan, Iris

zu TOP 2

Schriftführerin

Wetzel, Elke

ABWESEND:

ZUHÖRER: 22

PRESSE: 1

FESTSTELLUNG

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden eröffnet, ordnungsgemäß geleitet und geschlossen.

Es wird festgestellt,

- dass der Ortschaftsrat Herten am 29.05.2026 schriftlich mit angemessener Frist unter gleichzeitiger Mitteilung der Verhandlungsgegenstände einberufen wurde,
- dass Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung rechtzeitig ortsüblich bekannt gegeben wurden,
- dass der Ortschaftsrat Herten während der gesamten Sitzung beschlussfähig war, weil mindestens die Hälfte aller Mitglieder (6) während der gesamten Sitzung anwesend war und
- dass keine Einwendungen gegen die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ortschaftsrats Herten vom 04.05.2026 innerhalb der vorgesehenen Frist erhoben wurden und die Niederschrift somit als genehmigt gilt.

TAGESORDNUNG

Top 1	Fragen und Anregungen der Einwohnerschaft zu Angelegenheiten des Ortsteils
Top 2	Ergebnispräsentation der Organisationsuntersuchung in den Ortsverwaltungen Vorlage: 104/03/2026
Top 3	Antrag der Fraktionen im Ortschaftsrat auf Bereitstellung einer Planungsrate in Höhe von € 50.000 für den Neubau einer Mehrzweckhalle im Ortsteil Herten (Baden) Vorlage: HTN/06/2026
Top 4	Mittelanforderungen zum Haushaltsplan 2027 Vorlage: HTN/05/2026
Top 5	Bekanntgaben
Top 6	Anfragen und Anregungen aus der Mitte des Ortschaftsrats

PROTOKOLL

Top 1 Fragen und Anregungen der Einwohnerschaft zu Angelegenheiten des Ortsteils

Wortmeldung der Bürgerin Ursula Gatz – Theresia-Scherer-Weg

Sie war am 11.05.2026 in Rheinfelden bei der Hauptausschusssitzung zum Thema Organisationsuntersuchung. Sie erinnert sich an Verträge, die bei der Eingemeindung abgeschlossen wurden. In diesen Verträgen wurde Herten einiges zugesichert. Ist das Konzept von Imaka konform mit diesen Verträgen? Sie drängt darauf, dass die Rentenstelle in Herten bleibt und nicht nach Rheinfelden verlagert wird. Beim Vorantreiben der

Digitalisierung muss unbedingt bedacht werden, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht digital sind. Diese Bürger brauchen den Kontakt in der Ortsverwaltung Herten von Gesicht zu Gesicht.

Weiter bittet sie darum, dass am Ende der Sitzung Bürger noch einmal Fragen stellen dürfen. Im Verlauf der Sitzung bekommen die Bürger Informationen, die vorher nicht bekannt waren. Zu diesen Informationen tauchen dann Fragen auf. Diese möchte sie am Ende der Sitzung stellen dürfen.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Gemeindeordnung dies nicht erlaube. Ein Eingemeindungsvertrag ist vorhanden, in diesem ist eine Rentenstelle in Herten angesiedelt. Dieser Vertrag kann nur in Absprache mit dem Ortschaftsrat geändert werden. Er liest folgende Passagen aus dem Eingemeindungsvertrag von 1973 vor: unter § 8 Abs. 2 f wird folgendes vereinbart: "Der örtlichen Verwaltung werden folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen: (f) Angelegenheiten des Versicherungsamtes, insbesondere Entgegennahme von Rentenanträgen..... Zuständigkeitsänderungen können nur im Benehmen mit dem Ortschaftsrat vorgenommen werden."

Wortmeldung Helmut Bär, Karsau

Er stellt fest, dass in den Eingemeindungsverträgen sehr viel den Ortschaften zugesagt wurde. Er fragt, was es mit Bürgernähe zu tun hat, wenn Stellen in den Ortsverwaltungen abgebaut und im gleichen Zuge in der Kernstatt wieder aufgebaut würden.

Wortmeldung Jean-Pierre Roschmann – Österreicher Straße

Er arbeitet weltweit und im Zuge der Digitalisierung ist es egal von wo eine Person arbeitet. Warum muss die Rentenstelle von Herten unbedingt nach Rheinfelden verlagert werden. Es sieht darin keinen Nutzen, es ist für die Bürger nur ein Nachteil. Weiter möchte er, dass die Verwaltung den Eingemeindungsvertrag prüft. Er hat die Unterlagen von Imaka durchgeschaut. Dort werden von 800.000,00 Euro Sanierungskosten für die Ortsverwaltung Herten gesprochen. Das ist eine logische Folge der jahrelangen Unterlassung der Unterhaltung der städtischen Gebäude. Wenn der Turnverein Herten so mit seiner Sporthalle umgegangen wäre, könne man sie heute nur noch abreißen. Die marode Scheffelhalle und die marode Ortsverwaltung kommen von dieser Unterlassung.

Wortmeldung Helmut Wolpensinger – Hauptstraße

Er stellt klar, dass die Verwaltung für die Bürger da ist und nicht umgekehrt. Er wirft der Verwaltung die Missachtung der Bürgermeinung vor. Von der Verwaltung in Rheinfelden wird einfach bestimmt was gemacht wird. Wenn in der Vergangenheit die Verwaltung Rheinfelden Geld gebraucht hat, wurde der Ortschaftsrat so lange von der Verwaltungsspitze bearbeitet, bis bereits zugesprochene Gelder wieder zurückgeholt werden konnten. Die Bürgernähe wird nicht so hoch geschrieben wie es von der Verwaltung immer nach außen propagiert wird. Die Rentenstelle muss in Herten bleiben. Er selbst könne nicht mehr mit dem Auto fahren und er möchte seine Angelegenheiten unbedingt in Herten erledigen können. Die neuen Baugebiete, die in den Ortsteilen entstehen, haben eine wachsende Bürgerzahl zur Folge. Auch diese Bürger sollen die Gelegenheit haben ihre Sachen in den Ortsteilen zu erledigen. Die Ortsverwaltungen müssen in allen Ortsteilen erhalten bleiben, etwas anderes akzeptiert er nicht.

Reinhard Wegele – Hinterm Holz

Das Ziel einer Organisationsuntersuchung sei es, schneller, besser und kostengünstiger zu werden. Ihn interessiert es, wie viel Einsparung in Euro pro Jahr generiert werden, wenn

die Rentenstelle von Herten nach Rheinfelden verlagert wird. Bringt es eine Einsparung, dann ist es in Ordnung, bringt es keine, dann kann man es sein lassen.

Top 2 Ergebnispräsentation der Organisationsuntersuchung in den Ortsverwaltungen

Vorlage: 104/03/2026

Der Vorsitzende steigt gleich in den Tagesordnungspunkt ein. Er begrüßt Frau Iris Stefan, Amt für Digitales, Organisation & IT, und übergibt ihr das Wort.

Frau Stefan stellt sich vor. Sie erläutert die Empfehlungen der Firma Imaka anhand einer PowerPoint Präsentation. Sie erklärt, dass die Verwaltung entscheiden muss, ob und wenn ja bei welchen Punkten man in die Prüfung geht.

Sie erläutert die 4 Phasen der Untersuchung.

Der Vorsitzende besteht darauf, dass die Rentenstelle in Herten erhalten bleibt. Wenn die Rentenstelle nach Rheinfelden verlagert wird bedeutet das mehr Arbeit mit einer Person weniger.

Imaka möchte 0,20 % Stellen in den Ortsverwaltungen streichen. Beim Amt für öffentliche Ordnung sind 0,48 Stellen zu viel. Das wird wiederum für gut befunden.

Die Untersuchung der **Firma Imaka** wurde nur **oberflächlich** durchgeführt, die Ausführungen gehen nicht in die Tiefe. Er habe selbst beim **Amt 50** nachgefragt. Dazu habe er eine E-Mail der Abteilungsleitung erhalten. Der Vorsitzende liest einen Auszug aus der E-Mail vor: „**Zu Seite 18:** Ich schätze dieses Potential eher als gering ein, da die Hauptarbeit aus Terminen mit Bürgern bestehen. Die Abstimmung würde auch innerhalb eines Hauses viel auf elektronischem Weg erfolgen, da die Zeiten zwischen den Terminen sehr gering sind und oft nicht parallel erfolgen. Beide Sachbearbeiterinnen arbeiten sehr selbstständig. Selten nötige Abstimmungen erfolgen bei Bedarf über Telefon oder E-Mail. Mein Kontakt zur im Haus sitzenden Sachbearbeiterin ist nicht wesentlich enger als zur Sachbearbeiterin in der Ortsverwaltung.

Aus meiner Sicht klappt die Vertretung (Urlaub, sonstige kurzfristige Abwesenheiten) problemlos. Ein Abstimmungsaufwand ist höchstens den beiden Aufgabengebieten Rente und Arbeit in der Ortsverwaltung geschuldet. Da die Rentenstelle mit 0,31 VZÄ aber kaum als eigenständige Aufgabe attraktiv ist, löst sich das Problem nicht durch eine örtliche Verlagerung.

Seite 19:

Ein gemeinsamer Kalender ist nicht sinnvoll, da einige Termine parallel liegen. Beide haben aber Zugriffsmöglichkeiten auf den jeweils anderen Kalender. Bei Ausfall ist eine Übernahme oder Verlegung der Termine möglich.

Mobile Arbeit ist begrenzt möglich, sofern Videotermine auch mobil möglich sein werden, der Zugriff auf das System der Rentenversicherung mobil klappt und auch von den Klienten akzeptiert wird.

Seite 51:

Die Vertretung ist geregelt. In dringenden Fällen können sich Klienten an die andere Sachbearbeiterin wenden. Probleme entstehen bei längeren Ausfällen. Dann ist eine befristete Aufstockung der anwesenden Sachbearbeiterin nötig bzw. Ulrike Hofmann, die auch das nötige Wissen besitzt, müsste aufgestockt werden.

Die Besprechungen sind so gering, dass die Fahrtzeiten nicht ins Gewicht fallen.
Die Räume bei uns sind auch beengt. Es müsste zumindest eine Zwischentüre zwischen Raum 101 und 102 durch eine Wand ersetzt werden, falls dieser genutzt werden soll.
Parallele Beratungen sind aktuell aus Datenschutzgründen nicht möglich.
Meiner Meinung nach sieht Imaka beim Thema Rente Probleme, wo keine sind. Damit zeigen sie Verbesserungspotential auf, das aus meiner Ansicht nach so nicht gegeben ist. Es wäre hilfreich gewesen, wenn meine Sichtweise als fachliche Vorgesetzte einbezogen worden wäre, wenn so argumentiert wird.“

Der Vorsitzende erklärt, dass die Mitarbeiterinnen der Ortsverwaltung von drei auf zwei zu reduzieren nicht möglich ist.

Er liest die **Stellungnahme vom 07.05.2026 der Ortschaftsräte an die Verwaltung vor:**

**„Sehr geehrter Hr. Eberhardt,
sehr geehrter Hr. Schuler,
sehr geehrter Hr. Uhlich,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,**

Zitat aus dem aktuellen Personalbericht 2025 der Stadt Rheinfelden:

„Mitarbeitende sind das Fundament einer leistungsfähigen und bürgernahen Verwaltung.“

Ein Vorschlag von Imaka lautet, die Rentensachbearbeitung von Herten nach Rheinfelden zu verlagern. Eine Kosteneinsparung ist damit also nicht vorgesehen. Das heißt, die Stadt würde durch die rein örtliche Verlegung keinerlei Kosten sparen, hingegen aber unnötigerweise den Bürgerservice in Herten massiv reduzieren.

Die Sachbearbeiterin für Rentenangelegenheiten in Herten - Frau Wegele - hat 0,51 VZÄ: 0,31 VZÄ für Rentenangelegenheiten
0,20 VZÄ für Vertretung im Einwohnermeldeamt/Passamt und Ortsverwaltungstätigkeiten.
In Rheinfelden arbeitet eine weitere Mitarbeiterin für Rentenangelegenheiten mit 0,8 VZÄ.

Imaka begründet den Vorschlag der rein örtlichen Verlegung mit vermeintlich leichteren internen Abstimmungen zwischen den Kolleginnen, mit geringerer Komplexität der Strukturen und vermeintlich besserer Vertretungsregelung.

Warum werden sehr unkonkrete Hinweise auf vermeintliche organisatorische Vorteile von Imaka als gewichtiger bewertet gegenüber den massiven Nachteilen für die Bürger, die Bürgernähe sowie die Klimabilanz, zumal keinerlei Kosten eingespart werden?

Völlig außer Acht gelassen wurden von Imaka die viel gewichtigeren Punkte:

- **Keine Kosteneinsparung:** wozu dann die örtliche Verlegung?
- **Missachtung der Teilhabe- und Inklusionsbemühungen:** Den **Bewohnern** und Mitarbeitern **des St. Josefshauses**, die Rente beantragen oder ihr Rentenkonto klären lassen wollen, **wird zugemutet, dafür extra nach Rheinfelden fahren zu müssen. Beim Pass -und Meldeamt gesteht man die Notwendigkeit jedoch ein, dem St. Josefhaus vor Ort in Herten einen Service bieten zu wollen.**

- **Missachtung** der Haupte Erkenntnis aus der Bürgerbefragung: nämlich kurze Wege und **Bürgernähe**
- **Missachtung** des selbstgesteckten **Ziels des Klimaschutzes**, sondern stattdessen völlig unnötige negative Klimabilanz durch beachtliche Zunahme von Fahrten nach Rheinfelden, die bisher zu Fuß oder mit dem Fahrrad innerhalb Hertens stattfanden (Bürger und Mitarbeiterin selbst).
- Durch das **Neubaugebiet Römern** wird Herten **um ca. 800 – 1.000 Bürger auf ca. 6.000 Einwohner wachsen**, ebenso durch zusätzliche Bautätigkeiten im Ort. Der Bedarf an Rententerminen (inkl. Kontenklärungen) wird in Herten folglich weiter wachsen.
- Wenn Imaka sogar anführt, dass evtl. Teilaufgaben ortsunabhängig z.B. in mobiler Arbeit möglich würden, dann spricht das explizit nicht für die Notwendigkeit der örtlichen Zentralisation, genauso wie die von Imaka angeführten digitale Angebote und Videotermine explizit keine räumliche Zusammenlegung der Rentenstelle nach Rheinfelden notwendig machen.
- Entgegen der Darstellung von Imaka muss die Kommunikation zwischen den beiden Renten-Sachbearbeiterinnen und der Chefin im digitalen Zeitalter nicht zwingend von Gesicht zu Gesicht erfolgen, sondern ist ohne Einschränkung weiterhin per Telefon oder Mail möglich, zumal die Chefin ohnehin einige Zeit im Homeoffice arbeitet. Kurzfristig eintretende Krankheitsvertretung ist immer schwierig, egal wo die Mitarbeiterin sitzt, weil sie schlichtweg nicht zwei Termine gleichzeitig wahrnehmen kann. Bisher haben Urlaubszeiten noch nie zu irgendwelchen Problemen geführt, weil Rententermine ohnehin immer relativ weit im Voraus vereinbart werden.
- Manche Begründungen/Vorschläge von Imaka lassen auf deren fehlende Kenntnis der Arbeitsinhalte und –abläufe der Rentenstelle schließen. Da beide Rentenstellen seit Jahrzehnten völlig unabhängig voneinander ihre mehrere Wochen im Voraus eingeplanten Rentenantragstermine abarbeiten, ist weder eine Abstimmung untereinander noch die räumliche Nähe der Sachbearbeiter zueinander nötig. Ein gemeinsamer Terminkalender ist weder sinnvoll noch zielführend.
- Die Führung und Steuerung durch zwei Vorgesetzte (fachlich / disziplinarisch) war bisher in keiner Weise problematisch oder komplex und ist auch in Zukunft nicht zu erwarten. Deshalb muss **die disziplinarische Zuordnung beim Ortsvorsteher Herten unbedingt beibehalten werden.**
- Die Arbeitsstruktur ist entgegen der Darstellung von Imaka schon immer klar und einheitlich. Die Rentenantragsbearbeitung kann weiterhin völlig unproblematisch an zwei Orten zum Wohle der Bürgernähe angeboten werden. Es gibt auch bisher keine unnötigen Mehrfachstrukturen.

Aktuell sind drei Teilzeitkräfte für die Ortsverwaltung Herten tätig, die unserer Erfahrung nach in Herten unbedingt gebraucht werden.

Fazit: Durch die örtliche Bündelung der Rentenbearbeitung in Rheinfelden ergäben sich weder Kosteneinsparungen noch spürbare Vorteile, sondern nur unnötige Nachteile, und das explizit von der Stadt formulierte Ziel der Bürgernähe würde ad absurdum geführt.

Das **St. Josefshaus** als Einrichtung für Menschen mit Behinderung wird bei Imakas Vorschlag überhaupt nicht berücksichtigt, sondern man mutet den Bewohnern (z.T. im Rollstuhl / mit anderen Hilfsmitteln) zu, mit ihren Betreuern Umwege nach Rheinfelden auf sich zu nehmen. **Wo bleibt da die soziale Verantwortung und Umsetzung des Teilhabe- sowie Inklusionszieles?**

Wir – alle Mitglieder des Ortschaftsrats Herten - weisen auf den Eingliederungsvertrag vom 30. Juni 1973 hin, wonach nur im Benehmen mit dem Ortschaftsrat Zuständigkeitsänderungen bezüglich des Versicherungsamtes und der Rentenanträge vorgenommen werden können. **Wir bestehen auf die Einhaltung des Eingliederungsvertrags.**

Gemäß Eingliederungsvertrag der Gemeinde Herten in die Stadt Rheinfelden von 1973 ist unter §8 Abs. 2 f, folgendes vereinbart: „Der örtlichen Verwaltung werden folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen: (f) Angelegenheiten des Versicherungsamtes, insbesondere Entgegennahme von Rentenanträgen. ... Zuständigkeitsänderungen können nur im Benehmen mit dem Ortschaftsrat vorgenommen werden.“

Die Unterzeichnenden des Vertrages sind die Stadt Rheinfelden und die Gemeinde Herten.

Aus allen diesen Gründen ist der Ortschaftsrat Herten der Meinung, dass diesem Vorschlag von Imaka keine Folge geleistet werden soll, sondern dass die Rentensachbearbeitung in Herten fortbestehen muss.

Mit freundlichen Grüßen
Der Ortschaftsrat Herten“

Ortschaftsrat Ulrike Kammerer
Nachdem sie die Unterlagen der Firma IMAKA durchgelesen (ja, sie habe den ganzen Stapel durchgearbeitet) und analysiert, möchte sie sich zunächst bei allen Mitarbeiterinnen der Ortsverwaltungen bedanken:

„Ihr seid toll und macht tolle Arbeit.“

Genau das ist das Fazit, das IMAKA aus ihren Untersuchungen schließt:
In der „Ist-Analyse“ wird ein **uneingeschränktes Lob** ausgestellt:

- ausgesprochen hohes Engagement (S. 31)
- starkes Team (S. 33)
- große Kenntnisse der Rahmenbedingungen vor Ort (S. 26)
- der Zufriedenheitswert über die Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen liegt höher als der für die Dienstleistungen der Stadtverwaltung (S. 70)

Probleme findet IMAKA immer ab der Schnittstelle zur Stadtverwaltung:

- fehlende Digitalisierung, fehlende elektronische Endgeräte für Ortsverwaltung, Mitarbeiter der technischen Dienste und Ortschaftsräte (S. 35, 36)
- ungeklärte Zuständigkeiten der Fachämter (S. 37)
- fehlende Rückmeldungen aus den Fachämtern (S. 38)
- lange Bearbeitungszeiten bei Nachfragen und Reparaturarbeiten (S. 43)
- fehlende Standards (S. 46)
- fehlende Kommunikation (S. 45)

- frühzeitiger Medienbruch bei elektronischem Rechnungsflow (S. 67)
- mangelnde Digitalisierung der gesamtstädtischen Verwaltung (S. 43)

Die sich daraus ergebenden wichtigsten Empfehlungen von IMAKA unter (S. 72, „Soll-Konzeption“) betreffen überwiegend die Zentralverwaltung unter dem ganz große Stichwort Digitalisierung.

Nach Lektüre der rund 200 Seiten der IMAKA resümiere sie:

Die Ortsverwaltungen sind bereits heute schon gut funktionierende Service-, Moderations- und Vermittlungsstellen für die Bevölkerung der Ortsteile, die immerhin ca. 40 % der Rheinfelder Bürger ausmachen, die Mitarbeiterinnen sind überdurchschnittlich motiviert und das trotz niedriger Lohngruppen.

Die Ortsverwaltungen sind **kein** teurer Störfaktor.

Hier ist es durchaus erlaubt, auch einmal die Gegenfrage zu stellen: Was kann die Stadtverwaltung von den Ortsverwaltungen lernen?

Bei der von IMAKA zu Recht eingeforderten Digitalisierung als Ganzhauslösung (S. 11) frage ich mich, wo der organisatorische Vorteil der Zentralisierung liegt, wenn gleichzeitig Homeoffice angeboten wird.

Sie hoffe nun, dass die Ergebnisse des Gutachtens bei den zuständigen Stellen ankommen und die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden.

Stellungnahme der einzelnen Ortschaftsräte:

Ortschaftsrätin Antje Cortazzo lobt die Arbeit der Mitarbeiterinnen der Ortsverwaltungen. In den Ergebnissen von Imaka wird den Mitarbeiterinnen eine hohe Identifikation mit ihrer Arbeitsstelle bescheinigt. Dies kann man in Zahlen nicht messen. Wenn alles zentralisiert wird geht dies alles verloren.

Ortschaftsrat Stefan Weber stellt fest, dass es für diese Ergebnisse kein Gutachten für € 70.000,00 braucht. Es ist ganz klar, wenn man an einer Immobilie jahrzehntelang nichts macht, kommt irgendwann der große Bumerang zurück. Dies aber auf dem Rücken der Bürger auszutragen ist nicht fair. Wir sprechen immer von Bürgerservice, Bürgernähe usw. und wollen nun das Rentner oder ältere Menschen eine abenteuerliche Reise zum Bürgeramt antreten. Bürger sollen sich zukünftig zum Bus schleppen um in der Kernstadt ihre Angelegenheiten zu erledigen. Ein Bus der nicht pünktlich oder erst gar nicht fährt. Dem kann er nicht zustimmen. Auch Frau Wegele (Rentenantragsstelle) nach Rheinfelden abziehen macht überhaupt keinen Sinn, gerade in Sachen Digitalisierung. Es muss möglich sein den Kalender mit der Kollegin zu teilen und ohne Autofahrt nach Rheinfelden, ihre Sachen von Herten zu erledigen. Seine Empfehlung für weitere Schritte. Kein Geld mehr in die Umfrage investieren, sondern mit klugem Kopf und Verstand in Sachen Bürgernähe und vor allem für ältere Menschen handeln.

Ortschaftsrätin Christine Möhrke-Sobolewski sagt,

ihr sei klar, dass angesichts klammer Kassen nach Sparpotential gesucht wird. Aber Einsparungen von wenigen tausend Euro zulasten der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, wird letzten Endes erheblich teurer werden - denn was wird passieren, wenn die Ortsverwaltungen gekürzt oder gar gestrichen werden: die Bürgerinnen und Bürger werden sich abgehängt fühlen und Rheinfelden den Rücken kehren!

Es braucht Bürgernähe und intelligente Lösungen: Ortsverwaltungen - das kleine Rathaus im Ortskern - haben noch viel wichtigere Funktionen als die Entgegennahme von Passanträgen. Mit einem Rathaus, einer Kirche und dem Dorfbrunnen findet Identität statt und macht eine Schlafstadt zu einem Ort, in dem Gemeinschaft gelebt wird. Die Ortsverwaltungen zu schließen, bedeutet, den Ortschaften ihr Zentrum zu nehmen.

Hier findet eine Fehlpriorisierung zulasten der Bürgerinnen und Bürger statt. Sparpotential sehen wir mehr bei den Energiekosten, bei der Instandhaltung von Gebäuden und Infrastruktur:

Eine Smart City mit intelligenter Gebäudetechnik, energieeffizienten Immobilien, sensorgesteuerten Wartungsintervallen in Verwaltungsgebäuden und Gemeindeinfrastruktur lässt die Kosten effizienter steuern und kontrollieren. Hier wünschen wir uns wesentlich mehr Kreativität im Umgang mit den Möglichkeiten der Digitalisierung.

Ortschaftsrat Markus Mehlin erklärt, er habe dieses 220 seitige Monster mit viel Text durchgearbeitet. Er ist überhaupt nicht überzeugt von dem strukturellen Vorgehen. Wo kommen die Ergebnisse und Erkenntnisse her? Plötzlich werden Szenarien durchgespielt. Die erwartete Szenarienbetrachtung folgt leider nicht. Nach seinem Verständnis wurde hier die maximale Sparmöglichkeit aufgezeigt. Als nächstes wird in der Untersuchung plötzlich ein Mittelweg aufgezeigt. Ist das sinnvoll? Ihm fehlt die Gesamtheit in dieser Untersuchung. Wie wurde hier vorgegangen? Was wurde wo und wie abgewogen? Ihm fehlt die Struktur bei dieser Untersuchung. Die ganzen Ergebnisse findet er fragwürdig. Folglich ist das Vorgehen von IMAKA anhand der Unterlagen nicht nachvollziehbar. Es ist keine klare Auswertung der verschiedenen Varianten bzw. Szenarien vorhanden, auf der die Empfehlungen basieren. Somit ist nicht transparent, wie und durch was die Ergebnisse der Untersuchung beeinflusst wurden. Dies trägt nicht zum Vertrauen in die Untersuchung bei.

Ortschaftsrat Nico Kiefer stellt fest, dass die ursprünglichen Prüfungsaufträge Nr. 6 + 7 sehr losgelöst von dem aktuell konkreten Fokus sind. Heute stehen wir hier, um über ein Dokument zu sprechen, das uns als fundierte „Organisationsuntersuchung“ verkauft werden soll: 220 Seiten PowerPoint-Präsentation. Ein gewaltiges Werk, könnte man meinen. Doch wenn man genauer hinsieht, stellt man fest: Die Verwaltungsspitze stellt sich hier schlichtweg nicht der realen Lage vor Ort! Stattdessen wird versucht, durch die Hintertür vollendete Tatsachen zu schaffen, die den Kern unserer lokale Bürgernähe massiv bedroht.

1. Die eklatante Abweichung vom ursprünglichen Prüfauftrag des Gemeinderats: Kommen wir direkt zum springenden Punkt, der uns alle im Gemeinderat und in den Ortschaftsräten zutiefst empören muss. Wo sind eigentlich die weiteren Ergebnisse aus den Prüfaufträgen 6 und 7 bezüglich der Kernstadt? Warum schaut die Untersuchung scheinbar nur auf die Ortsteile, während die Kernstadt komplett außen vor bleibt? Das ist eine völlig einseitige Betrachtung.

Der Gemeinderat muss hier ganz klar die Einhaltung der ursprünglichen Grundforderung des Prüfauftrags einfordern.

Was hier passiert, gleicht einer reinen „Ortsverwaltungskontrolle“, statt einer ganzheitlichen Organisationsuntersuchung. Wann bitteschön wurden aus den strategischen Prüfaufträgen bloße Kontrollmaßnahmen gegen die Ortsteile? Zudem müssen wir uns vor Augen halten, wer hier entscheidet: Im Gemeinderat sitzen derzeit Mitglieder, die zum Teil gar nicht aus

den Ortsteilen kommen – konkret fehlen uns heute 4 von insgesamt 6 Hertener Gemeinderäten im Raum, zur Unterstützung unserer Anliegen. Umso wichtiger ist es, dass wir als direkt betroffene Vertretung lautstark widersprechen!

2. Der Bruch des Eingemeindungsvertrages von 1973

Es geht hier nicht nur um nackte Zahlen, es geht um historisch verbrieft Rechte und Vertrauen. Im Eingemeindungsvertrag von 1973 – explizit in § 8 Absatz 2 und 7 – wurde den Ortsteilen eine eigenständige Struktur und Bürgernähe zugesichert. Die aktuellen Pläne der Verwaltung rütteln an den Fundamenten dieser historischen Vereinbarungen. Das ist ein unzulässiger Wortbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die sich damals auf diese Zusagen verlassen haben!

3. Das finanzielle Absurdum: 100.000 € für Stellenstreichungen

Werfen wir einen Blick auf die Finanzen, die die Absurdität dieses Vorhabens verdeutlichen. Die Verwaltung hat ein externes Beratungsunternehmen eingekauft. Kostenpunkt: ca. 100.000 € – das entspricht satten 17 % des zu untersuchenden Volumens nämlich 378.000 € Personalkosten plus 198.000 € Sachkosten, macht 576.000 € an laufenden Kosten für die Ortsverwaltungen und somit ersten Bürgerkontakt mit der Verwaltung für 50% aller Einwohner.

4. Der Kahlschlag beim Personal und der Bürgerservice vor Ort

Die personellen Kürzungspläne sind drastisch: Eine Reduzierung von 3,53 auf 2,62 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Das bedeutet einen massiven personellen Kahlschlag von rund 26 % – und zwar ausschließlich auf den Ortsteilen. Und das, obwohl diese Ortsverwaltungen 16.000 Einwohner betreuen, was immerhin 50 % der gesamten Stadt ausmacht. Wenn schon gespart und gekürzt werden soll, dann aber bitte auch im gleichen Maße direkt in der Kernverwaltung und nicht nur einseitig zulasten der Dörfer und Ortsteile. Für diese minimale, rein theoretische Ersparnis im Promillebereich des Gesamt-Haushalts der rund 100 Millionen € misst, will man die Verwaltung vor Ort zerschlagen?

5. Unsere konkreten Forderungen

Wir lassen uns die **Bürgernähe nicht verkürzen**. Wir fordern ganz konkret:

Sicherung der RV-Antragsstelle: Die Rentenversicherungs-Antragsstelle vor Ort bedeutet Sicherheit und Service für unsere älteren Mitbürger. Der Ablauf und die notwendigen Dienste müssen garantiert bleiben.

Bürgerbeteiligung aktivieren: Wenn die Verwaltung an den Strukturen rüttelt, fordern wir die Anwendung von § 20a der Gemeindeordnung – wir fordern eine Einwohnerversammlung. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, hier direkt gehört und informiert zu werden.

Lassen Sie uns gemeinsam gegen diesen einseitigen Kahlschlag stimmen und die Identität, die Rechte und den Service in unseren Ortsteilen verteidigen.

Ortschaftsrat Nico Kiefer bedankt sich bei den Zuhörern.

Ortschaftsrat Frank Vogt stimmt seinen Vorrednern zu. Er ist enttäuscht, in dieser Organisationsuntersuchung fehlen Daten, Fakten und Zahlen. Ist dies Absicht? Steckt bei alle dem etwas anderes dahinter? Eventuell Verschiebung von Kosten? Die Bürgernähe ist extrem wichtig. Das zeigen auch die vielen Bürger die heute anwesend sind. Für unsere Senioren und Bewohner des St. Josefshauses ist es eine Zumutung für Amtsgeschäfte, die jetzt in Hertener zur erledigen sind, zukünftig nach Rheinfelden fahren zu müssen. Für ihn grenzt das an Diskriminierung. Der Ortschaftsrat zieht gemeinsam an einem Strang und akzeptiert nicht, dass irgendeine Stelle nach Rheinfelden verlagert wird.

Frau Stefan sagt, dass im Gemeinderat am 16.07. nur die weiteren Prüfaufträge beschlossen werden. Welche Empfehlungen der Firma Imaka weiterverfolgt werden.